

Dringliche Fragen

**für die Fragestunde der 105. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. Mai 2015**

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

1. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Forderungen der bayerischen Landesregierung zur Verlegung der SuedLink-Stromtrasse (www.tagesschau.de/multimedia/video/video-85491.html), und welche Kostensteigerungen wären damit nach Einschätzung der Bundesregierung verbunden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

2. Abgeordnete
**Irene
Mihalic**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwieweit unterstützt die Bundesregierung angesichts der Berichterstattung im Norddeutschen Rundfunk (NDR) vom 17. Mai 2015 zur mutmaßlichen Misshandlung von Gewahrsamsinsassen durch Beamte der Bundespolizei die Forderung, die Stelle eines unabhängigen Polizeibeauftragten zu schaffen, bei dem unter anderem Hinweise zu solchen Vorgängen anonym außerhalb der Hierarchie gemeldet werden können?
3. Abgeordnete
**Irene
Mihalic**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) An welche Stelle außerhalb der Hierarchie können sich angesichts der Misshandlungsvorwürfe gegen Beamte der Bundespolizei Polizistinnen und Polizisten der Bundespolizei oder auch des Bundeskriminalamtes aktuell wenden, um Hinweise auf solche Vorgänge zu melden?

4. Abgeordneter
**Hans Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der Beihilfe oder des Unterlassens von Hilfeleistungen durch Beamte der Bundespolizei während der mutmaßlichen Misshandlungen von Flüchtlingen in den Gewahrsamszellen der Bundespolizeiinspektion Hannover am 9. März 2014 und am 25. September 2014, durch den von der Staatsanwaltschaft Hannover Beschuldigten (vgl. www.ndr.de „Flüchtlinge in Polizeizelle gequält?“ vom 17. Mai 2015), und welche ähnlichen Vorfälle bei der Bundespolizei sind der Bundesregierung in den letzten drei Jahren bekannt geworden?

Berlin, den 19. Mai 2015